S 28 R 601/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 28 R 601/18
Datum	16.06.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 33 R 506/20
Datum	09.06.2021

3. Instanz

Datum	06.07.2022
-------	------------

Â

Auf die Revision der Beklagten werden die Urteile des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 9. Juni 2021 und des Sozialgerichts Cottbus vom 16. Juni 2020 aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Kosten sind in allen RechtszÃ¼gen nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die Erstattung der Kosten fÃ¼r ein isoliertes

Widerspruchsverfahren und mittelbar darüber, ob die Beklagte den der Klägerin erteilten Rentenbescheid ausreichend begründet hat.

Â

2

Die im Jahr 1958 geborene Klägerin beantragte bei der Beklagten zunächst erfolglos die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung. Gegen den ablehnenden Bescheid vom 12.3.2018 erhob sie, vertreten durch einen Rentenberater, Widerspruch und erhielt daraufhin mit Bescheid vom 4.6.2018 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bewilligt. Die Gestaltung des Bewilligungsbescheids war neu. Er entsprach im Aufbau und in der Formulierung den seit März 2018 verwendeten standardisierten Texten. Diese waren das Ergebnis eines von der Deutschen Rentenversicherung Bund in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer durchgeführten Reformvorhabens mit dem Ziel, Rentenbescheide unter dem Motto „Erläutern statt berechnen“ leichter verständlich zu gestalten. Dem Bescheid waren die Anlagen „Berechnung der Rente“, „Entscheidungen zu rentenrechtlichen Daten“, „Versicherungsverlauf“, „Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte“ sowie „Rente und Hinzuverdienst“ beigefügt. Zudem enthielt der Rentenbescheid den Hinweis, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung und der örtlichen Versicherungsämter sowie die Versichertenältesten für weitere Auskünfte oder Erläuterungen kostenlos zur Verfügung stünden. Anschriften und weitere Informationen finden sich im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung.de.

Â

3

Gegen den Bescheid vom 4.6.2018 erhob die Klägerin, vertreten durch ihren Rentenberater, Widerspruch und führte aus, es fehle dem Bescheid an wesentlichen Entscheidungsgründen. Ohne die vollständigen Berechnungsanlagen sei eine Prüfung des Rentenbescheids nicht möglich. Die Beklagte übermittelte daraufhin die beiden Anlagen „Entgeltpunkte für Beitragszeiten“ und „Entgeltpunkte für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten“. In der Folge nahm die Klägerin ihren Widerspruch zurück. Ihren zugleich gestellten Antrag auf Übernahme der Kosten des Widerspruchsverfahrens lehnte die Beklagte ab. Selbst bei Annahme einer zunächst unzureichenden Begründung sei dies nach Absendung der ergänzenden Anlagen unbeachtlich. Darin würden die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe, die der Entscheidung über den Rentenanspruch zugrunde lagen, mitgeteilt (*Bescheid vom 16.8.2018, Widerspruchsbescheid vom 17.9.2018*).

Â

Das SG hat die Verwaltungsentscheidungen aufgehoben und die Beklagte verurteilt, die im Widerspruchsverfahren gegen den Rentenbescheid vom 4.6.2018 entstandenen notwendigen Aufwendungen dem Grunde nach zu erstatten (*Urteil vom 16.6.2020*). Das LSG hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen und zur Begründung ausgeführt, aufgrund des Fehlens der Anlagen „Entgeltpunkte für Beitragszeiten“ sowie „Entgeltpunkte für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten“ sei der Rentenbescheid formell rechtswidrig gewesen. Diesen Mangel habe die Beklagte im Widerspruchsverfahren geheilt, indem sie der Klägerin die beiden Anlagen übersandt habe. Die Beklagte sei damit zur Erstattung der Kosten des Vorverfahrens nach [§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) verpflichtet. Die Vorschrift in [§ 42 Satz 1 SGB X](#), wonach die Aufhebung eines Verwaltungsakts, der unter Verletzung von Vorschriften über die Form zustande gekommen ist, nicht verlangt werden kann, wenn der Formfehler die Entscheidung in der Sache offensichtlich nicht beeinflusst hat, sei nicht mehr anwendbar, wenn ein Formfehler durch Heilung nach [§ 41 SGB X](#) bereits entfallen sei (*Urteil vom 9.6.2021*).

Ä

Mit ihrer Revision rügt die Beklagte eine Verletzung von [§ 35 Abs 1](#), [§ 41 Abs 1](#), [§ 42 Satz 1](#) und [§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#). Der Bescheid sei ausreichend begründet gewesen. Der reduzierte Begründungsumfang führe die Verständlichkeit. Die Ausgangsdaten, die von den Betroffenen überpruft werden könnten, seien weiterhin Gegenstand des Bescheids und würden im Versicherungsverlauf umfassend dargestellt. Auch ohne weitere Übersichten zur Berechnung der einzelnen Entgeltpunkte für Beitragszeiten sowie für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten könne der im Bescheid erläuterte und in den [§§ 70 ff SGB VI](#) festgelegte, für jede Rentenberechnung geltende Berechnungsalgorithmus der persönlichen Entgeltpunkte nachvollzogen und damit die Höhe der Rente überprüft werden. Selbst bei Annahme eines Begründungsdefizits stehe dem geltend gemachten Kostenerstattungsanspruch entgegen, dass die Klägerin nach [§ 42 Satz 1 SGB X](#) die Aufhebung des Bescheids nicht hätte verlangen können. Es sei offensichtlich, dass der gerügte Formfehler die Entscheidung in der Sache nicht beeinflussen könne.

Ä

Die Beklagte beantragt,
die Urteile des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 9. Juni 2021 und des Sozialgerichts Cottbus vom 16. Juni 2020 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Ä

Die im Revisionsverfahren nicht durch einen Prozessbevollmächtigten vertretene Klägerin hat keinen Antrag gestellt und sich auch nicht geäußert.

Â

II

Â

8

Die Revision der Beklagten ist erfolgreich. Die angefochtenen Bescheide sind rechtmäßig ergangen und die Klage ist abzuweisen ([Â§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten des Widerspruchsverfahrens.

Â

9

1. Die Revision war nach Zulassung durch das LSG statthaft ([Â§ 160 Abs 1, Abs 3 SGG](#)) und auch nicht nach [Â§ 144 Abs 4](#) iVm [Â§ 165 Satz 1 SGG](#) ausgeschlossen, weil in der Hauptsache über die Kosten eines isolierten Vorverfahrens gestritten wird (*stRspr*; vgl zB *BSG Urteil vom 24.9.2020* [B 9 SB 4/19 R](#) *SozR 4-1300 Â§ 63 Nr 31 RdNr 11 mwN*). Auch darüber hinaus stehen einer Sachentscheidung des Senats keine Verfahrenshindernisse entgegen. Insbesondere war die Berufung zulässig, nachdem das SG sie in seinem Urteil zugelassen hat ([Â§ 144 Abs 2 Nr 1 SGG](#)).

Â

10

2. Gegenstand der revisionsrechtlichen Überprüfung ist ein Anspruch der Klägerin auf Erstattung der Kosten des Widerspruchsverfahrens gegen den Bescheid vom 4.6.2018 dem Grunde nach, der mit einer kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage geltend zu machen war ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1, Abs 4](#) iVm [Â§ 56 SGG](#)). Mit Bewilligung der Erwerbsminderungsrente war das vorangegangene, auf die Gewährung einer solchen Rente dem Grunde nach gerichtete Widerspruchsverfahren beendet (*zur Abhilfe, wenn dem Begehren in vollem Umfang stattgegeben wird, vgl B. Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, Â§ 85 RdNr 2b und Â§ 86 RdNr 3*). Es kann dahingestellt bleiben, ob die Klägerin darüber hinaus noch im Klageverfahren die Verpflichtung zur Feststellung begehrt hat, dass die Zuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren notwendig war (*zu den unterschiedlichen Verfüggungssätzen im isolierten Vorverfahren vgl etwa BSG*

Urteil vom 20.11.2001 [BÄ 1Ä KR 21/00Ä RÄ](#) [SozR 3Ä 1500 Ä 63 NrÄ 7 SÄ 10](#) und zur Geltendmachung im Rahmen einer Verpflichtungsklage vgl BSG Urteil vom 3.7.2020 [BÄ 8Ä SO 5/19Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1200 Ä 44 NrÄ 10 RdNrÄ 8](#)).

Ä

11

3.Ä Die KlÄngerin hat keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten des Vorverfahrens nach [Ä 63Ä SGBÄ X](#). Zwar ist [Ä 63 SGBÄ X](#) einschÄlig, wenn die Kosten fÄ¼r ein isoliertes Vorverfahren im Streit sind, an das sich in der Hauptsache kein gerichtliches Verfahren anschloss (vgl dazu uaÄ BSG Urteil vom 19.10.2016 [BÄ 14Ä AS 50/15Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1300 Ä 63 NrÄ 25 RdNrÄ 15](#)). Die weiteren Voraussetzungen des [Ä 63 AbsÄ 1 SatzÄ 1](#) undÄ 2 SGBÄ X sind jedoch nicht erfÄ¼llt.

Ä

12

Soweit der Widerspruch erfolgreich ist, hat der RechtstrÄger, dessen BehÄrde den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hat, nach [Ä 63 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ X](#) demjenigen, der Widerspruch erhoben hat, die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen zu erstatten. Die Vorschrift bezieht sich ihrem Wortlaut nach zwar nur auf AnfechtungswidersprÄ¼che, erfasst jedoch auch VerpflichtungswidersprÄ¼che (vgl BSG Urteil vom 12.6.2013 [BÄ 14Ä AS 68/12Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1300 Ä 63 NrÄ 20 RdNrÄ 14](#)). Ein Widerspruch hat immer dann Erfolg im Sinne des Gesetzes, wenn und soweit ihm die BehÄrde stattgibt (vgl BSG Urteil vom 24.9.2020 [BÄ 9Ä SB 4/19Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1300 Ä 63 NrÄ 31 RdNrÄ 15 mwN](#); BSG Urteil vom 20.10.2010 [BÄ 13Ä R 15/10Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 1500 Ä 193 NrÄ 6 RdNrÄ 30](#)). Nach der dafÄ¼r maÄgeblichen formalen Betrachtungsweise (vgl Roos/BIÄ¼ggel in SchÄ¼tze, SGBÄ X, 9.Ä Aufl 2020, Ä 63 RdNrÄ 21) hatte der Widerspruch gegen den Rentenbescheid vom 4.6.2018 keinen Erfolg, weil dieser weder zur Rentenart, zur RentenhÄ¼he, zum Rentenbeginn noch zur Rentendauer geÄ¼ndert wurde (zu den VerfÄ¼gungssÄtzen eines Rentenbescheids vgl BSG Urteil vom 11.5.2011 [BÄ 5Ä R 8/10Ä RÄ](#) [BSGE 108, 152](#) =Ä SozR 4Ä 5050 Ä 31 NrÄ 1, RdNrÄ 13; BSG Urteil vom 18.7.1996 [4Ä RA 108/94 Ä](#) [SozR 3Ä 2600 Ä 300 NrÄ 7 SÄ 26](#)).

Ä

13

Ein Anspruch auf Kostenerstattung ergibt sich auch nicht aus [Ä 63 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ X](#). Danach sind die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Aufwendungen auch dann zu erstatten, wenn der Widerspruch nur deshalb keinen

Erfolg hat, weil die Verletzung einer Verfahrens- oder Formvorschrift nach [Â§Â 41 SGBÂ X](#) unbeachtlich ist. Es kann offenbleiben, ob der Kostenerstattungsanspruch nach [Â§Â 63 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ X](#) eine fÄrmliche ZurÄckweisung des Widerspruchs voraussetzt oder auch dann bestehen kann, wenn der Widerspruch fÄr erledigt erklÄrt wird. Es fehlt jedenfalls an der erforderlichen KausalitÄt der Unbeachtlichkeit der Verletzung von Formvorschriften. Der Rentenbescheid vom 4.6.2018 war zunÄchst nicht in allen Punkten hinreichend begrÄndet. Mit Äbersendung der Anlagen âEntgeltpunkte fÄr Beitragszeitenâ und âEntgeltpunkte fÄr beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeitenâ ist dieser Formfehler nach [Â§Â 41 AbsÂ 1 NrÂ 2 SGBÂ X](#) geheilt und damit unbeachtlich geworden. Der Widerspruch ist jedoch nicht ânur deshalbâ ohne Erfolg geblieben. Die KlÄgerin hÄtte die Aufhebung des Verwaltungsakts auch aus einem anderen Grund nicht beanspruchen kÄnnen, weil offensichtlich ist, dass der BegrÄndungsfehler die Entscheidung in der Sache nicht beeinflusst hat ([Â§Â 42 SatzÂ 1 SGBÂ X](#)).

Ä

14

a)Ä Der Inhalt des Bescheids vom 4.6.2018 entsprach nicht in allen Punkten den Anforderungen, die an die BegrÄndung eines Rentenbescheids zu stellen sind (*zur Auslegung von Formularbescheiden durch das Revisionsgericht vgl zuletzt BSG Urteil vom 7.4.2022 âÄ BÂ 5Â R 24/21Â Râ â juris RdNrÂ 12 mwN, zur VerÄffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen*).

Ä

15

aa)Ä Nach [Â§Â 35 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) ist ein schriftlicher oder elektronischer sowie ein schriftlich oder elektronisch bestÄrtigter Verwaltungsakt mit einer BegrÄndung zu versehen. Einer der in [Â§Â 35 AbsÂ 2 NrÂ 1 bisÂ 5 SGBÂ X](#) geregelten AusnahmetatbestÄnde ist nicht erfÄhlt. Deshalb waren gemÄÄ [Â§Â 35 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ X](#) in der BegrÄndung die wesentlichen tatsÄchlichen und rechtlichen GrÄnde mitzuteilen, die die BehÄrde zu ihrer Entscheidung bewogen haben. Die BehÄrde hat die GrÄnde ihrer Entscheidung in solcher Weise und in solchem Umfang dem Betroffenen bekannt zu geben, dass dieser seine Rechte sachgemÄÄ wahrnehmen kann (*vgl BSG Urteil vom 9.3.1994 âÄ 6Â R Ka 16/92Â â juris RdNrÂ 28*). Dies folgt aus rechtsstaatlichen GrundsÄtzen (*vgl BVerfG Urteil vom 16.1.1957 âÄ 1Â BvR 253/56Â â BVerfGEÂ 6, 32, 44Â f; BVerfG Beschluss vom 28.2.1979 âÄ 2Â BvR 84/79Â â BVerfGEÂ 50, 287, 290; BVerfG Beschluss vom 30.8.2017 âÄ 1Â BvR 776/14Â â juris RdNrÂ 27*). Dabei richten sich die Anforderungen an Inhalt und Umfang der notwendigen BegrÄndung nach dem jeweiligen Rechtsgebiet und nach den UmstÄnden des Einzelfalls (*vgl BSG Urteil vom 11.9.2019 âÄ BÂ 6Â KA 13/18Â R Â â SozR 4â7610 Â§Â 812 NrÂ 9 RdNrÂ 22; BSG Urteil vom 18.7.2013 âÄ BÂ 3Â KR 21/12Â Râ â BSGE 114, 105 = SozR 4â2500 Â§Â 275 NrÂ 14,*

RdNr 17; BSG Urteil vom 27.6.2012 [B 6 KA 37/11 R](#) [SozR 4 2500 85 Nr 71](#) RdNr 16; BSG Urteil vom 9.12.2004 [B 6 KA 44/03 R](#) [BSGE 94, 50](#) = [SozR 4 2500 72 Nr 2](#), RdNr 19; BSG Urteil vom 9.9.1999 [B 11 AL 17/99 R](#) [SozR 3 4100 119 Nr 18 S 91](#)).

Ä

16

An die Begründung eines Rentenbescheids sind erhöhte Anforderungen zu stellen. Rentenleistungen bestimmen die Existenzgrundlage der Leistungsberechtigten regelmäßig für einen sehr langen Zeitraum. Sie treten in den weitaus überwiegenderen Fällen an die Stelle eines ganz oder teilweise wegfallenden Erwerbseinkommens und prägen entscheidend die weitere Lebensgestaltung. Für Rentenbezieher ist neben dem Rentenbeginn und der Rentendauer die Berechnung der Rentenhöhe von existenziellem Interesse. Die Rentenberechnung macht zudem den Rückgriff auf teilweise weit in der Vergangenheit liegende Zeiträume des oftmals mehrere Jahrzehnte umfassenden Versicherungslebens notwendig. Auch diesen Aspekt gilt es bei der Bestimmung der gebotenen Begründungstiefe zu beachten. Das BSG hat bereits für das Recht der gesetzlichen Rentenversicherung entschieden, dass ein Leistungsberechtigter in die Lage versetzt werden muss, anhand der Begründung des Rentenbescheids die Rentenwertfestsetzung zu verstehen und die der Entscheidung zugrunde liegenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen zu überprüfen (vgl. BSG Urteil vom 30.8.2001 [B 4 RA 87/00 R](#) [BSGE 88, 274, 279](#) = [SozR 3 5050 22b Nr 1 S 6](#) unter Hinweis auf BSG Urteil vom 24.6.1982 [4 RJ 37/81](#) [SozR 2200 1286 Nr 12](#)).

Ä

17

Die Rentenhöhe wird im Rentenbescheid durch den Monatsbetrag ausgewiesen, der sich nach der sog. Rentenformel ergibt ([Ä 64](#), [Ä 63 Abs 6 SGB VI](#)). Hierzu werden die unter Berücksichtigung des Zugangsfaktors ermittelten persönlichen Entgeltpunkte ([Ä 66 Abs 1 Satz 1 SGB VI](#)), der Rentenartfaktor ([Ä 67 SGB VI](#)) und der aktuelle Rentenwert ([Ä 68 iVm Ä 69 Abs 1 SGB VI](#)) mit ihrem Wert bei Rentenbeginn miteinander vervielfacht. Bei dem Rentenartfaktor und dem aktuellen Rentenwert handelt es sich um normativ vorgegebene Rechengrößen. Der Umfang des regelmäßig über viele Jahre hinweg erworbenen Versicherungsschutzes wird wesentlich von der Summe der über das gesamte Versicherungsleben hinweg erworbenen Entgeltpunkte bestimmt. Ihre Zusammensetzung und die ihrer Ermittlung im Einzelnen zugrunde liegende Bewertung der jeweiligen rentenrechtlichen Zeiten ist deshalb unverzichtbarer Inhalt einer hinreichenden Begründung des Rentenbescheids. Diese Berechnungsgrundlagen müssen für einen Rentenberechtigten ohne spezielle Kenntnisse im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung nachvollziehbar und überprüfbar sein.

Das Gesetz verlangt allerdings nicht, dass der Rentenversicherungsträger den Rentenbescheid in allen Einzelheiten begründet. Nach [Ä§ 35 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) genügt es, in der Begründung die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen, die die Behörde zu ihrer Entscheidung bewogen haben, ohne dass ein jedes Detail aufgegriffen werden muss. Es besteht insbesondere keine Pflicht der Behörde, die Berechnung eines konkreten Betrags in allen Einzelheiten mathematisch im Bescheid vollständig darzulegen (zu *Umlagebescheiden im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung vgl BSG Urteil vom 23.6.2020* [B 2 U 14/18 R](#) *juris RdNr 35 unter Hinweis auf BSG Urteil vom 26.11.2019* [B 2 U 29/17 R](#) *SozR 4-2700 Ä 183 Nr 3 RdNr 19*). In welcher Weise eine interne Dokumentation der Berechnung und der dazu erforderlichen Daten zu erfolgen hat, um diese etwa im Streitfall nachvollziehbar zu reproduzieren, kann hier offenbleiben.

Die Anforderungen an die Begründung eines Rentenbescheids sind nicht deshalb geringer, weil ein Versicherter nach Vollendung des 55. Lebensjahres eine Rentenauskunft erhält ([Ä§ 109 Abs 1 Satz 2 SGB VI](#)). Zwar können die Anforderungen an die Begründungstiefe einer Verwaltungsentscheidung im Einzelfall niedriger sein, wenn Gesichtspunkte und Umstände auf der Hand liegen oder dem Betroffenen die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen bereits bekannt sind (vgl *BSG Urteil vom 9.3.1994* [6 R Ka 16/92](#) *juris RdNr 28*; *BSG Urteil vom 28.10.1976* [8 RU 28/76](#) *SozR 2200 Ä 773 Nr 1 S 2*; *BVerwG Urteil vom 9.5.1985* [2 C 16.83](#) *juris RdNr 26*; *BVerwG Urteil vom 15.6.1971* [II C 17.70](#) *BVerwGE 38, 191, 194 = Buchholz 237.5 Ä 85 Nr 1 = juris RdNr 32*). Der Inhalt von Rentenauskünften, insbesondere zu den in [Ä§ 109 Abs 4 Nr 1](#) und [Ä 2 SGB VI](#) genannten Daten, ist jedoch auf die im Zeitpunkt der Auskunft maßgebliche Sach- und Gesetzeslage bezogen (vgl *auch BSG Urteil vom 30.8.2001* [B 4 RA 114/00 R](#) *SozR 3-2600 Ä 149 Nr 6 S 17*). Nach Erteilung der Rentenauskunft können noch Rechtsänderungen erfolgen, die Auswirkungen auf die Rentenhöhe haben ([Ä§ 300 Abs 1 SGB VI](#)). Auch werden die in der Rentenauskunft enthaltenen Ausführungen zu Entgeltpunkten aus beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten bei Erlass des Rentenbescheids häufig nicht mehr aktuell sein (vgl [Ä§ 72 Abs 2](#), [Ä§ 109 Abs 4 Nr 2 Halbsatz 2 SGB VI](#)). Die Inhalte früher erteilter Rentenauskünfte vermögen deshalb eine ausreichende Begründung im Rentenbescheid selbst grundsätzlich nicht zu ersetzen.

bb) Nach diesen Maßstäben ist jedenfalls der Versicherungsverlauf ein essenzieller Bestandteil des Rentenbescheids und für dessen hinreichende Begründung unverzichtbar. Er enthält eine tabellarische Übersicht über die im Versicherungskonto gespeicherten Daten, die zur Feststellung und Erbringung von Leistungen erforderlich sind ([ 149 Abs 1 Satz 2 iVm Abs 3 SGB VI](#), vgl dazu *BSG Urteil vom 16.6.2021 – B 5 RE 5/20 R – BSGE 132, 198 – SozR 4-2400  26 Nr 5, RdNr 20 f*). Aufgelistet werden in chronologischer Reihenfolge alle Pflichtbeitragszeiten, beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten, die ein Versicherter in seinem gesamten Versicherungsleben zurückgelegt hat. Anhand des Versicherungsverlaufs ist der Rentenberechtigte in der Lage, die ihn betreffenden Daten auch für weit in der Vergangenheit zurückliegende Zeiträume zu überprüfen und deren Einordnung in seiner Erwerbsbiografie nachzuvollziehen. Neben den konkreten Zeiträumen und der Zuordnung der Kalendermonate enthält der Versicherungsverlauf für Beitragszeiten ([ 70 Abs 1 SGB VI](#)) jeweils die der Beitragszahlung zugrunde liegenden Bemessungsgrundlagen. Auch die Klägerin hat als Anlage zum Rentenbescheid vom 4.6.2018 einen solchen Versicherungsverlauf erhalten und konnte diese in Tabellenform aufgeführten Angaben auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit überprüfen.



21

cc) Darber hinaus ist im Rentenbescheid die für die Rentenberechnung maßgebliche Bewertung der rentenrechtlichen Zeiten – wenn schon nicht im Einzelnen, so doch in ihren Grundzügen – zu erutern. Die Beklagte hat im Bescheid vom 4.6.2018 die von ihr errechnete Summe aller persönlichen Entgeltpunkte (Ost) unter Zugrundelegung eines Zugangsfaktors von 0,892 in Höhe von insgesamt 33,1872 angegeben. Ihre Zusammensetzung und die im Einzelnen zugrunde liegende Bewertung der dabei berücksichtigten rentenrechtlichen Zeiten lassen sich allein anhand der dem Rentenbescheid ursprünglich nur beigefügten Anlagen – Berechnung der Rente – und – Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte – nicht in allen Punkten ausreichend nachvollziehen und überprüfen.



22

(1) Noch nachvollziehbar ist die Darstellung der Ermittlung von Entgeltpunkten für Beitragszeiten. Hierzu hat die Beklagte in der Anlage – Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte – ausgefurt, das versicherte Entgelt werde verglichen mit dem Durchschnittsentgelt aller Versicherten im selben Kalenderjahr. Die Beklagte hat zwar die durch Rechtsverordnung bestimmten jährlichen Durchschnittsentgelte (vgl. [ 69 Abs 2 SGB VI](#)) im Rentenbescheid weder – wie dies in früheren Bescheiden der Fall war – konkret aufgelistet noch darauf hingewiesen, dass diese für die einzelnen Kalenderjahre in Anlage 1 des

SGBÄ VI aufgefÄ¼hrt sind. Erst in der im Widerspruchsverfahren Ä¼bermittelten Anlage ä¼¼Entgeltpunkte fÄ¼r Beitragszeitenä¼¼ werden die versicherten Entgelte der KlÄ¼gerin jeweils in VerhÄ¼ltnis gesetzt zu den entsprechenden Durchschnittsentgelten der einzelnen Kalenderjahre. Auch ist nicht ohne Weiteres ersichtlich, inwiefern der Verzicht auf die Information zu den Durchschnittsentgelten zu der intendierten besseren VerstÄ¼ndlichkeit von Rentenbescheiden beitragen kann. Er macht die BegrÄ¼ndung des Bescheids aber noch nicht defizitÄ¼r. Die Beklagte hat bereits in der Anlage ä¼¼Berechnung der persÄ¼nlichen Entgeltpunkteä¼¼ die Ermittlung der Entgeltpunkte fÄ¼r Beitragszeiten anhand von mehreren Beispielen veranschaulicht und damit die von ihr angewandten gesetzlichen MaÄ¼stÄ¼be, nach denen die Beitragsbemessungsgrundlage jeweils durch das Durchschnittsentgelt (*AnlageÄ 1 des SGBÄ VI*) fÄ¼r dasselbe Kalenderjahr geteilt wird ([Ä¼ 70 AbsÄ 1 SGBÄ VI](#)), noch ausreichend dargestellt. Dies gilt auch im Hinblick darauf, dass die angewandten Gesetzesnormen nicht ausdrÄ¼cklich genannt wurden (*zum Grundsatz der formellen PublizitÄ¼t von Gesetzen vgl BSG Urteil vom 6.5.2010 ä¼¼Ä BÄ 13Ä R 44/09Ä RÄ ä¼¼ SozR 4Ä¼¼1200 Ä¼Ä 14 NrÄ 13 RdNrÄ 24 mwN; zur fehlenden Angabe der Rechtsgrundlage fÄ¼r eine RÄ¼ckforderung vgl auch BVerwG Urteil vom 13.6.1985 ä¼¼Ä 2Ä C 56.82Ä ä¼¼ BVerwGEÄ 71, 354, 358 =Ä Buchholz 235 Ä¼Ä 12 BBesG NrÄ 8Ä = juris RdNrÄ 26). Letztlich handelt es sich bei der Ermittlung von Entgeltpunkten fÄ¼r Beitragszeiten um einen einfachen Rechenvorgang. Mit den Informationen aus dem Versicherungsverlauf und den dort vermerkten beitragspflichtigen Entgelten konnte die KlÄ¼gerin jedenfalls nach einer Recherche der jÄ¼hrlichen Durchschnittsentgelte in Ä¼ffentlich zugÄ¼nglichen Quellen (zBÄ im Internet auf der im Bescheid angegebenen Seite www.deutsche-rentenversicherung.de) selbst prÄ¼fen, ob die Entgeltpunkte aus Beitragszeiten korrekt berechnet worden sind.*

Ä

23

Die wesentlichen tatsÄ¼chlichen und rechtlichen GrÄ¼nde enthÄ¼lt der Bescheid vom 4.6.2018 im Ä¼brigen auch im Hinblick darauf, dass die KlÄ¼gerin Beitragszeiten im Beitrittsgebiet zurÄ¼ckgelegt hat. Nach [Ä¼ 254d AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VI](#) treten Entgeltpunkte (Ost) an die Stelle der ermittelten Entgeltpunkte fÄ¼r Zeiten mit BeitrÄ¼gen fÄ¼r eine BeschÄ¼ftigung oder selbststÄ¼ndige TÄ¼tigkeit im Beitrittsgebiet. Der Rentenbescheid enthÄ¼lt zwar wiederum keinen Hinweis auf die Werte der AnlageÄ 10 zum SGBÄ VI, mit denen der Verdienst aus einer BeschÄ¼ftigung im Beitrittsgebiet jeweils zu vervielfÄ¼ltigen ist (*vgl Ä¼ 256a AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ VI*). Die dort ausgewiesenen Werte sind jedoch unschwer aus Ä¼ffentlichen Quellen zu ermitteln. Der in der Anlage ä¼¼Berechnung der persÄ¼nlichen Entgeltpunkteä¼¼ enthaltene Hinweis, dass die Entgelte aus dem Beitrittsgebiet auf das Westniveau angehoben wurden, und die Bezugnahme auf den ebenfalls als Anlage beigefÄ¼gten ä¼¼Versicherungsverlaufä¼¼ kÄ¼nnen daher noch als ausreichend angesehen werden.

Ä

Nicht ausreichend begründet ist der Rentenbescheid im Hinblick auf die der Rentenberechnung zugrunde gelegten Entgeltpunkte (Ost) für die Pflichtbeitragszeiten wegen Kindererziehung, die die Klägerin im Zeitraum vom 1.7.1983 bis zum 30.9.1987 im Beitrittsgebiet zurückgelegt hat (zur Berücksichtigung der Erziehung eines vor dem 1.1.1992 geborenen Kindes im Beitrittsgebiet s. [§§ 249, 249a SGB VI](#) in der vom 1.7.2014 bis zum 31.12.2018 geltenden Fassung). In der Anlage zur Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte hat die Beklagte zwar die Höhe der auf die Kindererziehungszeiten insgesamt entfallenden Entgeltpunkte (Ost) ausgewiesen, deren Berechnungsgrundlagen aber nicht näher beschrieben. Aus dem Hinweis für diese Zeiten werden weitere Entgeltpunkte ermittelt erschließt sich insbesondere nicht, ob Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten in vollem Umfang, d. h. in Höhe von 0,0833 Entgeltpunkten für jeden Kalendermonat, oder bei Überschreiten der Höchstwerte nach Anlage 2b nur teilweise berücksichtigt wurden ([§ 70 Abs 2 Satz 1 und 2 SGB VI](#)). So lässt sich dem Bescheid vom 4.6.2018 die Bewertung der mit Pflichtbeitragszeiten für Kindererziehung belegten Kalendermonate nicht entnehmen. Soweit aus dem Versicherungsverlauf hervorgeht, dass einzelne Kalendermonate zusätzlich mit Beitragszeiten belegt sind, kann von einem Rentenberechtigten nicht nachvollzogen werden, in welchem Umfang Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten berücksichtigt wurden (zur Verfassungsmäßigkeit der Begrenzung der Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten beim Zusammentreffen mit Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung vgl. BSG Urteil vom 16.10.2019 s. [B 13 R 14/18 R](#) s. [BSGE 129, 192](#) = *SozR 4-2600 § 70 Nr 3*).

Ä

25

(2) Hinsichtlich der beitragsfreien Zeiten findet sich im Rentenbescheid keine den Begründungsanforderungen genügende Umschreibung, nach welchem Entscheidungsprogramm die Beklagte dafür Entgeltpunkte ermittelt hat. Ihre Zusammensetzung und die im Einzelnen zugrunde liegende Bewertung dieser rentenrechtlichen Zeiten ist aus sich heraus nicht verständlich und deshalb auch nicht überprüfbar.

Ä

26

Die der Klägerin zusammen mit dem Rentenbescheid vom 4.6.2018 übermittelte Anlage zur Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte enthält für beitragsfreie Zeiten ([§ 54 Abs 4 SGB VI](#)) lediglich die Summe der Entgeltpunkte (Ost) in Höhe von 4,8604. Dazu findet sich in der Anlage nur der Hinweis, dass beitragsfreie Zeiten im Versicherungsverlauf mit *Arbeitsausfalltage* und *Zurechnungszeit* bezeichnet und

entsprechende Entgeltpunkte unter Berücksichtigung des Versicherungslebens ermittelt werden. Weitere Ausführungen zu den Berechnungsgrundlagen der beitragsfreien Zeiten enthält der Rentenbescheid nicht. Die in [§ 71 ff SGB VI](#) enthaltenen Regelungen werden nicht dargestellt und die einzelnen Rechenschritte der Gesamtleistungsbewertung (Grundbewertung oder Vergleichsbewertung) auch nicht in Ansätzen wiedergegeben. Insbesondere fehlt eine Begründung dafür, welche der alternativen Bewertungsweisen (vgl. [§ 71 Abs 1 Satz 2 SGB VI](#)) aus welchen Gründen der Berechnung letztlich zugrunde gelegt wurde. Beitragsfreie Zeiten können einen nicht unerheblichen Anteil am Versicherungsleben haben und für die Rentenberechnung von erheblichem Gewicht sein. Dies ist auch bei der Klägerin der Fall. Ihre Entgeltpunkte (Ost) für beitragsfreie Zeiten machen etwa 13 % aller Entgeltpunkte (Ost) aus. Gerade auch vor diesem Hintergrund wäre der Rentenbescheid vom 4.6.2018 näher zu begründen gewesen.

Ä

27

(3) Auch hinsichtlich des Zuschlags an Entgeltpunkten für beitragsgeminderte Zeiten ([§ 54 Abs 3 SGB VI](#)) werden die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe nicht mitgeteilt, die die Beklagte dazu bewogen haben, in der Anlage zur Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte zusätzliche 1.249,5 Entgeltpunkte (Ost) auszuweisen. Dass zusätzliche Entgeltpunkte ermittelt werden, weil das versicherte Einkommen in beitragsgeminderten Zeiten bei den meisten Versicherten nur gering ist und es sich zum Beispiel um Zeiten einer beruflichen Ausbildung oder um Beitragszeiten handeln kann, die mit beitragsfreien Zeiten zusammentreffen, genügt in dieser pauschalen Form als Begründung nicht. Für die Klägerin war nicht nachvollziehbar, inwiefern die Beklagte die Regelungen in [§ 71 Abs 2 Satz 1](#) und [§ 2 SGB VI](#) umgesetzt hat. Die für Zeiten einer beruflichen Ausbildung im Rahmen der Gesamtleistungsbewertung zu berücksichtigenden besonderen Regelungen des [§ 71 Abs 3 Satz 1 Nr 2 SGB VI](#) erschließen sich aus dem Rentenbescheid ebenfalls nicht.

Ä

28

(4) Es bedarf keiner abschließenden Klärung, ob ein Rentenversicherungsträger zumindest Teile der Begründung zur zweifellos äußerst komplexen Rentenberechnung durch einen Hinweis ersetzen kann, dass er auf Nachfrage weitere Informationen erteilen werde. Um den Rechtsschutz des Betroffenen nicht zu beeinträchtigen, wären dabei insbesondere auch verfahrensrechtliche Besonderheiten zu beachten (vgl. [§ 41 Abs 3](#) iVm [§ 27 SGB X](#)). Voraussetzung hierfür wäre in jedem Fall, dass der Rentenversicherungsträger konkret angibt, zu welchen einzelnen Punkten der Rentenberechnung er bei einer entsprechenden Nachfrage des Leistungsbeziehers noch vertiefende Informationen

nachreichen würde. Um die genannten Defizite in der Begründung des Rentenbescheids der Klägerin auszugleichen, genügt jedenfalls nicht der allgemeine Hinweis, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung, der örtlichen Versicherungsämter und die Versichertenältesten stünden für weitere Auskünfte oder Erläuterungen kostenlos zur Verfügung. Auch der generelle Verweis auf "weitere Informationen" im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung.de ist nicht geeignet, fehlende Begründungen im Rentenbescheid zu ersetzen. Die hinreichende Begründung des Rentenbescheids ist eine Pflicht des Versicherungsträgers; der Rentenberechtigte ist nicht gehalten, sich diese selbst zu erfragen.

Ä

29

Geringere Anforderungen an die Begründungstiefe folgen auch nicht daraus, dass es sich bei der Rentenberechnung anhand der im Versicherungsverlauf gespeicherten Daten in der Regel um einen automatisierten Vorgang handelt. Zwar wird der Rechengang selbst bei fachlich ordnungsgemäßer Programmierung regelmäßig eine geringe Fehleranfälligkeit anzunehmen sein. Dies ändert aber nichts daran, dass die einzelnen Berechnungselemente, dh die Entgeltpunkte, ihre Zusammensetzung und die im Einzelnen zugrunde liegende Bewertung der rentenrechtlichen Zeiten für den Betroffenen ohne unverhältnismäßigen Aufwand nachvollziehbar und überprüfbar sein müssen.

Ä

30

Schließlich vermag auch die Intention der Beklagten, Rentenbescheide leichter verständlich zu gestalten, den reduzierten Begründungsumfang im Bescheid vom 4.6.2018 nicht vollumfänglich zu rechtfertigen. Auch wenn die Berechnung von Entgeltpunkten für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten zweifellos kompliziert und insbesondere ohne rentenrechtliche Kenntnisse kaum nachvollziehbar sein mag, lassen sich daraus keine geringeren Anforderungen an die Begründung eines Rentenbescheids ableiten. Im Interesse der Leistungsberechtigten erfordert die enorme Komplexität der Rentenberechnung umso mehr eine verständliche Begründung. Nur der umgekehrte Fall, in dem ein Bescheid an einen sachkundigen Personenkreis ergeht, könnte bei Annahme entsprechender Vorkenntnisse reduzierte Anforderungen an die Begründung rechtfertigen (zu Honorarbescheiden im Vertragsarztrecht vgl. BSG Urteil vom 27.6.2012 - [BÄ 6Ä KA 37/11Ä RÄ](#) - SozR 4-2500 Ä 85 NrÄ 71 RdNrÄ 17 und BSG Urteil vom 9.12.2004 - [BÄ 6Ä KA 44/03Ä RÄ](#) - [BSGEÄ 94.Ä 50](#) = [SozR 4-2500 Ä 72 NrÄ 2](#), RdNrÄ 20).

Ä

b) Mit Ãbersendung der Anlagen âEntgeltpunkte fÃ¼r Beitragszeitenâ und âEntgeltpunkte fÃ¼r beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeitenâ ist der Formfehler nach [Â§ 41 Abs 1 Nr 2 SGB X](#) geheilt worden. Die erforderliche BegrÃ¼ndung der Berechnungsgrundlagen wurde damit nachtrÃ¤glich gegeben. Diese Anlagen enthalten eine umfassende Berechnung der Entgeltpunkte fÃ¼r die unterschiedlichen rentenrechtlichen Zeiten. Sie sind aus sich heraus nachvollziehbar und ÃberprÃ¼fbar.

Â

c) Der Widerspruch ist iS von [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) nicht ânur deshalbâ ohne Erfolg geblieben, weil der Fehler nach [Â§ 41 SGB X](#) geheilt wurde. Die KlÃ¤gerin hÃ¤tte die Aufhebung des Verwaltungsakts auch aus einem anderen Grund nicht beanspruchen kÃ¶nnen, weil offensichtlich ist, dass der BegrÃ¼ndungsfehler die Entscheidung in der Sache nicht beeinflusst hat (vgl. [Â§ 42 Satz 1 SGB X](#)).

Â

Die Heilung des Verfahrensfehlers nach [Â§ 41 Abs 1 Nr 2 SGB X](#) war nicht der einzige Grund fÃ¼r die Erfolglosigkeit des Widerspruchs gegen den Rentenbescheid vom 4.6.2018. Der Widerspruch wÃ¤re auch unabhÃ¤ngig von der Nachholung der BegrÃ¼ndung erfolglos gewesen. Insofern fehlt es an der von [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) geforderten KausalitÃ¤t. Dabei findet [Â§ 42 SGB X](#) auch BerÃ¼cksichtigung, wenn ein BegrÃ¼ndungsfehler nach [Â§ 41 SGB X](#) geheilt worden ist (*anders etwa SchÃ;tze in SchÃ;tze, SGB X, 9. Aufl 2020, Â§ 42 RdNr 10*). DafÃ¼r spricht nicht zuletzt die in [Â§ 42 Satz 2 SGB X](#) normierte Ausnahme, die nur den AnhÃ¶rungsmangel von der Regelung des Satzes 1 ausnimmt.

Â

Einen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Rente hÃ¤tte die KlÃ¤gerin aus dem BegrÃ¼ndungsfehler nicht herleiten kÃ¶nnen. Nach [Â§ 42 Satz 1 SGB X](#) kann die Aufhebung eines Verwaltungsakts, der nicht nichtig ist, nicht allein deshalb beansprucht werden, weil er unter Verletzung von Vorschriften Ã¼ber das Verfahren, die Form oder die Ã¤uÃerliche ZustÃ¤ndigkeit zustande gekommen ist, wenn offensichtlich ist, dass die Verletzung die Entscheidung in der Sache nicht beeinflusst hat. Diese Bestimmung ist hier anwendbar, weil nach der Systematik des Gesetzes auch das Fehlen einer erforderlichen BegrÃ¼ndung zu den

Verfahrens- und Formfehlern iS des [Â§ 42 Satz 1 SGB X](#) zÄhlt (vgl BSG Urteil vom 3.12.1997 â [B 6 RKa 21/97](#) â [BSGE 81, 213, 215](#) = [SozR 3â2500 Â§ 85 Nr 23 S 149 f](#) unter Hinweis auf BSG Urteil vom 17.4.1991 â [1 RR 2/89](#) â [BSGE 68, 228, 231](#) = [SozR 3â2200 Â§ 248 Nr 1 S 4 f](#)).

Â

35

Dass ein etwaiger BegrÄndungsmangel des Rentenbescheids vom 4.6.2018 die Entscheidung in der Sache nicht beeinflusst hat, ist offensichtlich. BloÄe BegrÄndungsmÄngel oder BegrÄndungsfehler wirken sich bei gebundenen Verwaltungsakten auf die RechtmÄÄigkeit der Regelung selbst nicht aus und rechtfertigen grundsÄtzlich nicht deren Aufhebung (vgl BSG Urteil vom 11.9.2019 â [B 6 KA 13/18 R](#) â [SozR 4â7610 Â§ 812 Nr 9 RdNr 23](#); BSG Urteil vom 25.6.2015 â [B 14 AS 30/14 R](#) â [SozR 4â4200 Â§ 60 Nr 3 RdNr 13](#) unter Hinweis auf BSG Urteil vom 29.6.2000 â [B 11 AL 85/99 R](#) â [BSGE 87, 8, 11](#) = [SozR 3â4100 Â§ 152 Nr 9 S 29 mwN](#); BSG Urteil vom 9.12.2004 â [B 6 KA 44/03 R](#) â [BSGE 94, 50](#) = [SozR 4â2500 Â§ 72 Nr 2, RdNr 35](#)). So verÄhlt es sich auch bei den gebundenen Entscheidungen Äber eine RentengewÄhrung.

Â

36

Die Regelung des [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) wird bei diesem VerstÄndnis entgegen der Auffassung des LSG auch nicht weitestgehend ausgeÄhlt. Ihr Anwendungsbereich wird dadurch nicht wegen [Â§ 42 Satz 2 SGB X](#) nur auf die Heilung von AnÄrungsfehlern begrenzt. KostenerstattungsansprÄche aus [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) kÄnnen darÄber hinaus noch in all denjenigen FÄllen entstehen, in denen der BehÄrde ein Beurteilungs- oder Ermessensspielraum zusteht. Die Tatbestandsvoraussetzungen des [Â§ 42 Satz 1 SGB X](#) sind dann regelmÄÄig nicht erfÄhlt, weil sich zumeist nicht sicher ausschlieÄen lÄsst, dass der formelle Fehler sich auf das Entscheidungsergebnis ausgewirkt hat (vgl etwa BSG Urteil vom 6.5.2009 â [B 6 KA 7/08 R](#) â [SozR 4â1300 Â§ 63 Nr 9 RdNr 30 f](#); BSG Urteil vom 13.5.2020 â [B 6 KA 25/19 R](#) â [SozR 4â2500 Â§ 106 Nr 63 RdNr 28](#)).

Â

37

d) Der geltend gemachte Kostenerstattungsanspruch folgt schlieÄlich auch nicht aus einer analogen Anwendung von [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#).

Â

Für eine Analogie ist eine planwidrige Regelungslücke nicht bereits dann gegeben, wenn eine erwünschte Ausnahmeregelung fehlt oder eine gesetzliche Regelung aus sozial- oder rechtspolitischen Erwägungen als unbefriedigend empfunden wird (vgl. BSG Urteil vom 18.9.2012 – BÄ 2 U 11/11 R – BSGE 112, 43 – SozR 4 – 2700 – § 90 Nr. 2, RdNr. 38 mwN und zur gesetzlichen Rentenversicherung BSG Urteil vom 1.6.2017 – BÄ 5 R 2/16 R – BSGE 123, 205 – SozR 4 – 2600 – § 48 Nr. 6, RdNr. 25). Eine Lücke liegt vielmehr nur dort vor, wo das Gesetz eine Regelung weder ausdrücklich noch konkludent getroffen hat und es deshalb nach dem zugrunde liegenden Konzept, dem „Gesetzesplan“, unvollständig und damit ergänzungsbedürftig ist (stRspr; BSG aaO mwN). Dafür bestehen hier keinerlei Anhaltspunkte. Soweit in der Literatur eine entsprechende Anwendung auf die Fälle des § 42 SGB X mit der Begründung vertreten wird, dem Widerspruchsführer könne es nicht angelastet werden, wenn sein Widerspruch durch Verfahrens- oder Formverletzung herausgefordert wurde (vgl. Roos/Blöggel in Schätzle, SGB X, 9. Aufl. 2020, § 63 RdNr. 27), lässt sich ein solches „Verschuldens- und Veranlassungsprinzip“ den Regelungen des § 63 SGB X nicht entnehmen. Im Gegensatz zu § 193 SGG kommt es für den Eintritt der Kostenbelastung der Verwaltung für ein Widerspruchsverfahren ausschließlich auf den Erfolg des Widerspruchs an. Dieser in § 63 Abs. 1 Satz 1 SGB X normierte Regelfall wird gemäß § 63 Abs. 1 Satz 2 SGB X nur für den Fall der Erfolglosigkeit wegen der Heilung eines Verfahrens- oder Formfehlers nach § 41 SGB X durchbrochen (vgl. BSG Urteil vom 19.6.2012 – BÄ 4 AS 142/11 R – juris RdNr. 19). Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs dieser Regelung kommt nicht in Betracht (vgl. auch Becker in Hauck/Noftz, SGB X, § 63 RdNr. 38, Stand April 2020; Mutschler in Kasseler Komm., § 63 SGB X RdNr. 9a, Stand September 2019 und zum Fall einer unrichtigen Rechtsbehelfsbelehrung vgl. BSG Urteil vom 20.10.2010 – BÄ 13 R 15/10 R – SozR 4 – 1500 – § 193 Nr. 6 RdNr. 33 ff.).

Ä

39

4. Die Kostenentscheidung beruht auf § 183 Satz 1 iVm § 193 Abs. 1 und 4 SGG.

Ä

Erstellt am: 21.11.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024